

Danziger Zeitung



General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Nr. 21158.

Hierzu eine Beilage
nebst Handelsblatt für dessen Abonnenten.

Telegramme.

Duell.

Berlin, 22. Januar. Gestern früh soll zwischen den Ceremonienmeistern v. Rothe und Frhr. v. Schrader ein Duell stattgefunden haben, das aber unblutig verlief. Als Zeugen fungierten die Herren Hofmarschall der Kaiserin Friedrich Frhr. v. Reichsgraf und Kammerherr v. Blumenthal. Nach dem „Lokal-Anzeiger“ soll der eine Duellant nicht der Ceremonienmeister v. Rothe gewesen sein, sondern ein Vetter desselben, Rittmeister Dietrich v. Rothe.

Berlin, 22. Januar. Der Kaiser hat einen Kranz mit Schleife an den Oberpräsidenten von Sachsen v. Pommer-Esche gesandt, um ihn auf den Sarg des verstorbenen Oberbürgermeisters Böttcher niederzulegen.

Berlin, 22. Januar. Bei dem gestrigen Stiftungsfest des Vereins zur Förderung des Gewerbeleises hielt Minister Frhr. v. Berlepsch eine Rede über die Mußarmmachung der deutschen Wasserkräfte. Es steht endlich in sicherer Aussicht, daß die großen bisher noch toden Wassermassen dazu dienen würden, ein neues belebendes Element der Industrie zuzuführen. Die Exportverhältnisse würden immer schwieriger. Schließlich würden in dem Wettbewerb nicht die von Alters hergebrachten Verbindungen, nicht das Kapital, sondern die erfolgreiche Verbindung von Wissenschaft und Technik den Sieg davontragen.

Der Abg. Hesse und seine Fraktionsgenossen beanspruchten die Angelegenheit des „mangelhaften Schuhes der Deutschen im Auslande“ beim Stat des Auswärtigen Amtes noch einmal zur Sprache zu bringen.

Ein Conflict ist zwischen dem Berliner Oberkirchenrat und dem Pastor Buchholz in Belgrad ausgebrochen. Die evangelische Gemeinde in Belgrad untersteht der genannten Behörde in Berlin. Pastor Buchholz wurde von Belgrad nach Berlin geladen, weil er durch sein Vernehmen einen Streit mit seiner Gemeinde provoziert hatte. Vor seiner Abreise hatte er eine Versammlung einberufen, an der sich 17 Personen beteiligten. Er drängte die Versammlung zu dem Beschlus, daß sie sich von dem Berliner Oberkirchenrat lossage und sich Serbien unterstelle.

Von conservativer Seite wird behauptet, daß die Berufung des Grafen Kanitz und des Grafen Mirbach in den Staatsrat beschlossene Sache sei. Ausgeschlossen sei es aber, daß die Regierung auf den Antrag Kanitz eingehen werde. (Selbstverständlich!)

Der Rechtsanwalt Hans Blum veröffentlicht in der „Magd. Ztg.“ Enthüllungen über Boulangers Verbindungen mit der deutschen Sozialdemokratie.

Der national-liberalen Abgeordnete Dr. Böttcher, der Vorsitzende der Umsturz-Commission des Reichstages, ist nicht unbedenklich erkrankt.

Die Anhänger der Feuerbestattung.

Es ist erstaunlich — schreibt die „National-Zeitung“ —, in welch stetiger Weise die Mitgliedschaft des Vereins für Feuerbestattung zunimmt. Das uns eben zugehende Verzeichnis weist 1503 Mitglieder fast ausnahmslos aus Berlin auf. Alle Gländer sind unter ihnen vertreten, alle Berufs- und Gesellschaftsklassen, vom Universitätsprofessor bis zum einfachen Arbeiter, und alle Confessionen. Von unseren Berliner Stadtvätern haben nicht weniger als 22 dem schönen Scherz, daß sie sich begraben lassen können, die Spitze abgebrochen, indem sie sich für die Feuerbestattung erklärt. Während früher die Mitglieder vereinzelt auftreten, kommen sie jetzt familiweise: Vater, Mutter und erwachsene Kinder. In vielen Fällen aber haben sich die Schwestern über den besten Bestattungsmodus Gattin eines bekannten Berliner Humoristen sich zu erkämpfen.

„Ich lasse mich begraben, wie ich es gewohnt bin.“ Die Schriftsteller treten in hellen Scharen auf. Dass die Aerzte ein starkes Contingent zum Verein stellen, ist selbstverständlich, stützt sich doch die ganze Bewegung auf zumeist hygienische Gründe. Auch Elektrotechniker gehören in größerer Zahl dem Verein an; ohne sie gäbe es keine Cremation. Auf der Hygiene-Ausstellung 1882 war der Cremationsofen von Siemens u. Halske einer der größten Gehenswürdigkeiten. Die königliche Wissenschaftlichkeit wie sie ist, hat doch ihre Gedanken über diese Frage: nicht weniger als sieben Mitglieder des Königl. Schauspielhauses gehören dem Verein an.

Der Stadtrath a. D. Koestel, früher langjähriges national-liberales Mitglied des Abgeordnetenhauses und Förderer gemeinnütziger Bestrebungen, ist gestorben.

Bezüglich der Auditäten im neuen Reichstagsgebäude ist in der letzten Sitzung der Reichstagsbaucommission beschlossen worden, die nachrechts vom Stuhle des Präsidenten kurzer Hand entfernen zu lassen.

Brüssel, 22. Januar. Man versuchte gestern die Stadt an vier Stellen in Brand zu stecken. Der Versuch wurde aber noch rechtzeitig entdeckt und vereitelt. Die Polizei ist den Thätern auf der Spur.

London, 22. Januar. In dem gestern hier abgehaltenen Cabinetsrat hatte der Minister des Auswärtigen, Lord Kimberley, mit dem Botschafter Hahlfeld eine Unterredung, die über 1½ Stunden dauerte. In diplomatischen Kreisen ist man einigermaßen erregt. Es heißt, die englische Regierung habe der deutschen den Vorschlag eines gemeinsamen Eingreifens der deutschen und englischen Kriegsschiffe in den chinesischen Gewässern gemacht.

Graf Hahlfeld reiste auf Anordnung der Aerzte am nächsten Mittwoch nicht nach Berlin.

Rom, 22. Januar. Die Blätter glauben, daß eine Parlamentsauflösung unmittelbar bevorstehe.

Warschau, 22. Januar. In den letzten Tagen wurden mehrere hiesige katholische Geistliche verhaftet und in die Zitadelle gebracht. Der Grund der Verhaftungen ist unbekannt. Der römisch-katholische Erzbischof Pogiel wird binnen kurzem auf sein Amt verzichten. Zwischen ihm und seinen Diözesanen besteht schon seit einiger Zeit ein sehr gespanntes Verhältnis, weil Pogiel den Huldigungseid für den neuen Jaren in russischer Sprache abnehmen ließ.

New York, 22. Januar. Ein Goldbetrag von 3500000 Dollars ist gestern dem Schatzamt zur Verschiffung mit der „Fulda“ entnommen worden.

Neapel, 22. Januar. Gestern kam es zu lärmenden Austritten von Studenten, welche einen außerordentlichen Prüfungstermin verlangten. Man glaubt, daß die Universität geschlossen werden wird.

Buenos-Ayres, 22. Januar. Man erwartet, daß der seit dem 12. Oktober 1892 im Amt befindliche Präsident Gaenz Pena heute von seinem Amt zurücktritt.

Die Lage in Griechenland.

Berlin, 22. Januar. Wie der „Lokal-Anz.“ mittheilt, ist nach einer hier an amtlicher Stelle eingetroffenen Meldung aus Athen die innere Lage daselbst bedrohlich.

Athen, 22. Januar. Die Kammer war trotz der schlenden Opposition beschlußfähig. Die Sitzung wurde geschlossen. Man sieht das als einen Erfolg des Ministeriums an.

Athen, 22. Januar. Dreihundert Studenten demonstrierten gestern vor dem Palast des Königs. Die Demonstration verlief jedoch ohne Zwischenfall und die Ruhe wurde nicht weiter gestört.

während von den anderen Theatern bisher nur der ewig heitere Guido Tielescher seine Wahl getroffen hat. Ein „Weltreisender“ findet sich unter den Mitgliedern. So hat er sich selbst in die Rubrik eingezeichnet, welche den Stand angibt, und aus der Künstlerwelt findet sich ein Drahtseilkünstler. Man sieht daraus, daß sich die Theilnahme für den Verein in die Breite und in die Tiefe ausdehnt. Auf der Berliner Gewerbeausstellung hofft er neue Propaganda machen zu können. In der letzten Sitzung ist beschlossen worden, ein eigenes Gebäude — 10 Meter lang und 7 Meter breit — errichten zu lassen.

„Urräh la Landwehr!“

Die neuerdings wieder in den Zeitungen geführte Controverse über den Ursprung des Wortes Hurrah hat einem Abonnenten des „B. L.“ Veranlaßung gegeben, aus seinen Erinnerungen von dem Ereignis 1870/71 folgende interessante Episode zu erzählen:

Im Feldzuge 1870/71 stand der Verfasser dieser Zeilen im 5. Reserve-Ulanen-Regiment, dessen Offiziere und Mannschaften der Provinz Schlesien entstammten. Das Regiment bildete mit noch drei Reserve-Cavallerie-Regimentern die Cavallerie-Reserve der Division v. Rummel, die im Munde der Mannschaften der großen erlittenen Verluste und anderer Umstände halber kurzweg die „Rummel“-Division genannt wurde. Nachdem die Division vom 25. August bis zum 1. Oktober 1870 in dem Gelände Malzon, Olgw., Château Pun u. s. w. unterhalb Meck auf dem rechten Mosel-Ufer dicht am Feinde bewahrt und in den

Fürsten-Entrevue.

London, 22. Januar. Wie verlautet, werden Ende April die Königin Victoria, der deutsche Kaiser, das russische Kaiserpaar, die Kaiserin Friederich, der Herzog und die Herzogin von Coburg in Darmstadt eine Zusammenkunft haben. Auch der Herzog und die Herzogin von Cumberland sollen eine Einladung zu diesem Beisammen-sein erhalten haben.

Der Streik in Brooklyn.

New York, 22. Januar. Der Streik der Straßenbahnen in Brooklyn nimmt einen immer ernsteren Charakter an. Gestern Nachmittag fanden wieder mehrere Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht statt. Dabei wurden Männer, Frauen und Kinder zu Boden gerissen, mehrere auch mit dem Bajonet verwundet; auch von den Soldaten wurden einige durch Steinwürfe verletzt. Vor den Stallungen der Bahn sind Kanonen aufgefahren. Die Bevölkerung begünstigt die Streikenden und versorgt sie mit Geld und Lebensmitteln. Abends stand vor einer Stallung abermals ein blutiger Zusammenstoß statt, bei welchem die Truppen Feuer gaben. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch nicht bekannt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 22. Januar.

Der Brennpunkt.

Die Generaldebatte über den Staat im preußischen Abgeordnetenhaus ist leider gerade in dem Augenblick abgebrochen worden, wo die Verhandlung anging, die brennenden Tagesfragen zu berühren. Der Streit um die Vortrefflichkeit der preußischen Steuerreform über die Frage, ob der Staat dabei ein Geschäft gemacht hat oder nicht, und die Kräuterung über die Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit der Reichsfinanzreform hat zum Theil ein retropectives Interesse, zum Theil ist der preußische Landtag zur Entscheidung nicht kompetent und überdies hat er erfahren, daß selbst sein Eintreten für die umfassenden Finanzreformen nach den vorjährigen Vorschlägen nicht einmal gehindert hat, daß die Regierungen an den Forderungen von Mehrüberweisungen aus neuen Reichsteuern festhielten. Graf Limburg-Strirum aber, der Staatsredner der Conservativen, benutzte den Umstand, daß in der ersten Berathung des Staat über alles und noch etwas mehr gesprochen werden darf, um dem Ministerium die Wünsche seiner Partei vorzutragen. zunächst erfuhr Minister Bosse, daß trotz der Steuerreform die Gemeinden zur Regelung der Lehrerbefoldung nicht herangezogen werden dürfen und daß die Conservativen prinzipiell ein Lehrerbefoldungsgesetz ablehnen, so lange dasselbe nicht als integrierender Theil eines allgemeinen Volksschulgesetzes erscheint. Worauf es ankommt, ist selbstverständlich die „Agrarreform“, die in einer Novelle zum Brannensteuergesetz, der Abänderung des Zuckersteuergesetzes, natürlich im Sinne der Erhöhung der Ausfuhrprämien besteht und vor allem — in der Durchführung des Antrages Kanitz. Daß dies letztere von dem Redner der Conservativen in positiver Form gefordert wurde als Vorbereitung für die der Regierung zu leistende Unterstützung, das macht das Ereignis des gestrigen Tages aus und das ist mit großer Genugthuung zu begrüßen. Nun muß unzüglicher Aktion geschaffen werden. Der Herr Minister der Landwirtschaft wird nicht umhin können, etwas deutlicher zu werden als sein finanzministerliche College gestern bezüglich der Convertierung der vierprozentigen Consols.

Schlachten und Gefechten von Noyellesville, Charly-Repigny, Malzon u. a. m. sehr bedeutende Verluste erlitten hatte, sollte sie am 1. Oktober zu ihrer „Erholung“ nach dem bis dahin vom Feinde weniger belästigten linken Moselufer übergehen und die Bivakplätze des 10. Armeecorps übernehmen.

Im Laufe des 1. Oktober wurde der Befehl ausgeführt, und am Spätabend desselben Tages war unser Regiment mit Pferden und Mannschaften wieder häuslich eingerichtet.

Jeder von uns glaubte nun endlich die wohlverdiente Ruhe gefunden zu haben, doch hatten wir unsere Rechnung ohne die Franzosen gemacht.

Dieselben hatten den Stellungswchsel der Division Rummel und des 10. Armeecorps genau beobachtet und darauf den Plan des in der nun folgenden Nacht ausgeführten Überfalls unserer Vorposten und die Einführung des Schlosses Ladonchamps basirt. Die feindlichen Führer wußten, daß die Landwehr-Division sehr große Verluste erlitten und namentlich einen großen Krankenstand hatte.

Das 5. Reserve-Ulanen-Regiment lag ungefähr zwei bis drei Kilometer hinter den Infanterie-Dorposten. Mannschaften und Pferde ruhten, soweit es das jämmerliche Bivak zuließ, als es gegen Mitternacht plötzlich bei den Vorposten lebendig wurde. Ich wurde von einem Unteroffizier mit den Worten geweckt: „Giehen Sie auf, es geht schon wieder los.“ Noch halb schlaftrunken hörte ich nur eine Reihe einzelner Schüsse, dann trat eine Pause von wenigen Minuten ein und darauf erschallte durch die Nacht der eigenartige Ruf „Urräh la Landwehr“, auf dessen

Das ist überhaupt der zweite Hauptpunkt der gesamten Verhandlung, daß Herr Miquel die direkte Frage des Abg. Sattler wegen dieser Convertitur nicht beantwortete. Minister Miquel war, als Herr Sattler die Frage stellte, nicht im Gaal, er wurde aber geholt, als der Redner die Ausführung machte und es ist ihm zweifellos davon Mitteilung gemacht. Es ist anzunehmen, daß die nächsten Redner darauf eingehen werden.

Ein neuer Vorschlag zur Steigerung des Getreidepreises.

An Vorschlägen, eine Steigerung des Getreidepreises herbeizuführen, ohne im Widerspruch mit den Handelsverträgen die Eingangssätze zu erhöhen, ist kein Mangel. Der Antrag Kanitz macht Schule. Auch die „Germania“ beilebt sich neuerdings an der Lösung der Aufgabe, die Quadratur des Kreises zu finden, wie wir bereits in diesen Tagen erwähnt haben. Begreiflich ist das schon. Welcher Kaufmann oder Gewerbetreibende würde nicht gern für seine Fabrikate höhere Preise annehmen? Man hat seit Jahren stets den Landwirten vorgehalten, sie brauchen nur ernstlich zu wollen, so müsse die Regierung die Hand bieten, um die Getreidepreise zu steigern, und je bedingungsloser die Regierung die üblichen Folgen des Sinkens der Preise anerkennt, um so berechtigter ist die Ansicht der Landwirthe, daß schließlich das angeblich unmögliche dennoch möglich gemacht werde. Gleichwohl behält die Ansicht die Oberhand, daß der Antrag Kanitz nicht ausführbar ist.

Die „Germania“ hat nun schon den zweiten Vorschlag gemacht, den sie geneigt ist, für einen besseren zu halten. „Es müßte, schreibt sie, durch eine gesetzliche Bestimmung verhindert werden, daß beim Handel (und nicht nur beim Getreidehandel, sondern bei jedem Handelsgeschäft, welches auf die Preisbildung von Inlandswaren Einfluß hat) der Speculation nicht auch noch das jeweilige Werthverhältnis des in- und ausländischen Geldes einen Spielraum böte. Diese gesetzliche Anordnung würde etwa zu bestimmten haben: „Wird eine auch im Innlande produzierte Ware aus dem Auslande eingeführt, so hat der Importeur den Nachweis zu erbringen, daß dieselbe gemäß den normalen Verhältnissen zwischen in- und ausländischem Gelde gekauft worden ist. Wird dieser Nachweis nicht erbracht, so stellt die Behörde aus dem beizubringenden Schlusschein und ergleichen den Tag des Geschäftsabschlusses fest. Ist der für diesen Tag notierte Cours des ausländischen Geldes unter dem normalen Verhältnis zum inländischen Gelde, so ist der Betrag, welcher aus dieser Differenz sich ergibt, für das Reich einzuziehen.“ Die nächste Frage, welches denn das normale Verhältnis zwischen dem inländischen und einem bestimmten ausländischen Gelde ist, und nach welchen Grundsätzen dasselbe festgestellt werden soll, kann man bei Seite lassen. Der Vorschlag soll offenbar den Einfluß des Sinkens des Goldwertes in den Silberländern auf die Waarenpreise brechen. Beispieleweise soll der Wert des inländischen Getreides nicht nach dem Coursstande der Rupie berechnet werden, sondern nach dem „normalen“ Wert festgestellt werden? Der Silberpreis reguliert sich nach dem Bedarf einerseits und nach dem Umfang der Production andererseits. Seit dem Anfang der siebziger Jahre ist der Silberwert um mehr als die Hälfte gesunken. Welcher Preis soll nun als „normal“ angesehen werden? Indessen ist es überflüssig, sich mit solchen spitzfindigen Untersuchungen abzugeben. Es verhält sich mit dem Getreidepreise auf dem indischen Markt genau so wie mit dem Silberpreise. Hat Indien eine reiche Ernte, während in anderen Getreide produzierenden Ländern der Ernteertrag gering ist, ist also die

Ursprung ich unten noch zurückzukommen. Das Gesetz verließ für die Division von Rummel trocken der braven Haltung aller Beteiligten sehr unglücklich und endete mit dem Verlust von ca. 500 Toten, Verwundeten und Gefangenen, sowie beißiger Einführung des festen Schlosses Ladonchamps, welches von den Franzosen sofort in Vertheidigungs Zustand gesetzt und bis zur Kapitulation von Meck behauptet wurde.

Den oben erwähnten Ruf „Urräh la Landwehr“ hatten die französischen Voltigeurs de la Garde ausgetragen, als sie die ersten Vorposten der Division von Rummel überrannten und eine sehr starke Feldwache theils erstickten, theils gesangen hatten.

Die Franzosen sahen die Landwehr, trotz der üblichen Lection, die ihnen dieselbe in der Schlacht bei Noyellesville am 31. August und 1. September 1870 im Verein mit dem ersten Armeecorps erhielt hatte, immer noch als Truppe zweiter Ordnung an.

Das Nachtgefecht von Bellevue le Tapes — so heißt es in den offiziellen Berichten — und die damit verbundene Wegnahme des Schlosses Ladonchamps veranlaßte übrigens den damaligen Ober-Commandirenden der Cernirungs-Armee, den Prinzen Friedrich Karl, zu einem sehr energisch gehaltenen Erlass an die commandirenden Generäle, worin in Bezug auf Ladonchamps festgelegt wurde, daß derartige feste Positionen für die Folge überhaupt nicht in die Hände des Feindes fallen dürfen und bis auf den letzten Mann zu halten sind.“

Nachfrage stärker als das Angebot, so wird der Preis des Getreides in Indien steigen. Haben auch, wie in den letzten Jahren, alle anderen Getreide produzierenden Länder gute Ernten, ist also das Angebot stärker als die Nachfrage, so sinkt der Weltmarktpreis des Getreides. Daraus ändert auch der Vorschlag der „Germania“ nichts. Er soll nur die Schwankungen im Course ausgleichen. Aber selbst wenn das möglich wäre, so bliebe immer noch die Hauptursache des Sinkens des Getreidepreises bestehen. Indien produziert billiger als Deutschland, weil der Boden, die billigen Arbeitskräfte, mit einem Worte die produktionsbedingungen günstiger sind. Dasselbe gilt von allen anderen Getreide produzierenden Ländern in geringerem oder größerem Umfange. Diese Verschiedenheiten auszugleichen, ist der Vorschlag nicht ausreichend. Die „Überschwemmung“ Deutschlands mit billigem ausländischen Getreide — und dagegen soll doch eingefügten werden — kann der Vorschlag nicht verhindern, der übrigens insofern Anerkennung verdient, als in demselben darauf verzichtet wird, durch Verhinderung der deutschen Währung der Rückwirkung der schlechteren Währung anderer Länder vorzubeugen. Und das ist schon etwas.

An sich ist der Vorschlag nur ein weiterer Beweis der Verwirrung, welche die Meinung, als ob eine künstliche Steigerung des Getreidepreises überhaupt möglich sei, angerichtet hat. Und deshalb sind wir mit der „Germania“ der Ansicht, es sei nachgerade die höchste Zeit, dem Treiben der Wunderdoctoren ein Ende zu machen durch eine sachmännische Erörterung der neuesten Rezepte. Soll diese im Staatsrat gelingen, so ist auch gegen die Verufung dieser Weltverbesserer, den Gräfen Ranitz an der Spitze, nichts einzuwenden.

Noch einmal die Reichstagsinschrift.

Der Beschluss der Reichstagsbaucommission, daß die Inschrift auf der Tafel am Eingange des Reichstagshauses „Dem deutschen Reich“ lauten soll — angeblich war das ein Antrag des Staatsministers v. Bötticher —, hat bisher nur wenig Gnade gefunden. Auch das conservative „Volk“ äußert sich in diesem Sinne, indem es sagt:

„Der jetzige Beschluss muß den allerschlechtesten Eindruck hervorbringen. Will man wirklich den Anschein erwecken, als sträube man sich dagegen, dem „deutschen Volke“ ähnlich die Eigentumsberechtigung zuwirken? Oder ist es manchen Herren peinlich, zum „Volk“ gerechnet zu werden?“

Auf anderer Seite meint man, die Erwähnung des Reichstages in der Inschrift wäre nur möglich gewesen, wenn man gleichzeitig auch den Bundesrat als Mitbürger anerkannt hätte, obgleich bekanntlich der Bundesrat in dem Reichstagshause nur Sitzungen abhält, wenn die Mitglieder und insbesondere die hohen Reichsbeamten einen Interesse daran haben, in kürzester Frist im Sitzungsraum des Reichstages erscheinen zu können. Der eigentliche Sitzungssaal des Bundesrats befindet sich in dem Dienstgebäude des Reichsamts des Innern. Außerhalb der Reichstagssektion würden die Mitglieder des Bundesrats sich höchstens bedanken, wenn man ihnen zumutete, zu einer Sitzung die Reise nach dem Königsplatz anzutreten. Insofern entspricht auch die Bezeichnung als „haus der gesetzgebenden Röpertschaften“, die sich in der Schlusssteinurkunde befindet, nicht der Sachlage.

Am erquicklichsten bei dieser ganzen unerquicklichen Discussion ist die absolut correcte Haltung des Kaisers. Es wird uns hierzu heute gemeldet:

Berlin, 22. Januar. (Telegramm.) Nach einer Mittheilung der „Kön. Volkszeitung“ wurde in der Reichstagsbaucommission wieder bestätigt, daß das Fehlen der Inschrift auf der Außenseite des Reichstagsgebäudes keineswegs auf den Kaiser zurückzuführen sei. Es waren als Inschriften vorgeschlagen worden: „Kaiser und Reich“ oder „K. Kaiser und Reich“, „Dem deutschen Volk“ und „Dem deutschen Reich“. Es wurde schließlich, wie bekannt, die letztere beschlossen.

Auch bei der Audienz des Präsidiums des Abgeordnetenhauses nahm der Kaiser Veranlassung, die Angelegenheit zu erwähnen. Der Monarch erklärte, daß er nicht von der Sache gewusst habe und sich auch gar nicht darum gekümmert habe; das Fehlen der Inschrift sei nicht im mindesten auf ihn zurückzuführen. Ferner äußerte der Kaiser bezüglich der Inschrift „Dem deutschen Reich“, daß er persönlich keinen Grund habe, für die eine oder andere Fassung einzutreten oder sie zu mitschreiben. Er überlässe die Entscheidung darüber vollständig der Commission.

Die Secundärbahnvorlage.

Die sogenannte Secundärbahnvorlage wird so gefördert, daß sie in naher Zeit dem Landtag zur Beschlussfassung wird unterbreitet werden können. Zum ersten Male werden in ihr Gummen erscheinen, welche für Förderung des Baues von Kleinbahnen bestimmt sind; sonst haben sich in ihr nur Forderungen für den Bau von Nebenbahnen, für den Bau und Ausbau von Bahnhöfen, für die Ausbesserung des Oberbaues, für die Beschaffung und Erneuerung von rollendem Material u. dgl. befunden. In den Staatshaushaltsetat ist allerdings bereits ein auf die Kleinbahnen befristlicher Posten eingestellt gewesen. Er ist zum ersten Male im Etat für 1894/95 aufgeführt und betrug 200 000 Mk. In derselben Höhe erzielte er im Etat für 1895/96. Er ist zur Anlage und zur Beteiligung an Anlagen von Kleinbahnen sowie zu Beihilfen für dieselben bestimmt, sofern diese Bahnen von wesentlichem Interesse für die Forstverwaltung sind, ohne hinzugetragen zu werden.

Durch Einstellung des Postens in den Etat ist einem Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 26. Januar 1893 entsprochen. In der Zwischenzeit hat sich indessen bemerkbar eine offizielle Korrespondenz herausgestellt, daß trotz der Beteiligung vieler weiteren Kommunalverbände die Unternehmungen in Kleinbahnen, namentlich auch im Osten der Monarchie, nicht in solchem Maße gefördert werden, wie es für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel erwünscht ist. Hier einzugreifen, ist diesmal die sogenannte Secundärbahnvorlage, die damit ihren schon früher nicht ganz zu-

treffenden Namen vollständig ablegen muß, bestimmt.

Vom Landeseisenbahnrat.

Den beiden Häusern des Landtages ist eine übersichtliche Darstellung der Verhandlungen des Landeseisenbahnrates im Jahre 1894 zugegangen. Der Landeseisenbahnrat ist danach im Jahre 1894 dreimal, am 6. März, 4. Juni und 13. Dezember, zusammengetreten. In den Sitzungen ist über die allgemeine Ausnahmetarife für Getreide und für Mühlenfabrikate, über die dem Entwurf des Staatshaushaltsetats für 1895/96 behufende Überarbeitung der Normaltransportgebühren für Personen und Güter, über Anträge auf Änderungen in den allgemeinen Tarifvorschriften für die Förderung von Gütern und in der Classification der Specialtarife, sowie über Anträge auf Einführung von Ausnahmetarifen, u. a. auch eines direkten Gütertarifs für die Ausfuhr von deutschem Binnenmaterial nach ostafrikanischen Hafenplätzen und dem Transvaalgebiet berathen worden.

Die Berathungen vom 4. Juni 1894 über den Antrag wegen Einführung eines Ausnahmetariffs für Puddelkohlen nach dem Siegerlande haben weitere Erhebungen veranlaßt, die noch nicht zum Abschluß gebracht sind. Eine Entscheidung auf den Antrag hat daher noch nicht getroffen werden können. Im übrigen ist das Ministerium der öffentlichen Arbeiten dem Gutachten des Landeseisenbahnrats in allen Punkten beigetreten.

Ueber die Bewegung der Viehprixe
auf dem Berliner Viehmarkt in den Jahren 1886 bis 1893 werden in dem vom Director Dekonominerath Hausburg erstatteten Verwaltungsbericht für das Etatjahr 1893/94 folgende Mittheilungen gemacht:

„Der Jahres-Durchschnitt des Preises für Mittelware zweiter Qualität (bei Schafen erster Qualität, aber nicht Lämmer) war für 50 Altogr.

	Rinder	Schweine	Räuber	Hammel
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1886	46,75	47,12	43,25	46,32
1887	45,97	43,59	41,79	44,23
1888	45,03	42,90	42,75	43,91
1889	47,97	55,30	47,59	46,01
1890	54,96	57,84	51,60	53,28
1891	55,46	51,08	50,94	49,17
1892	53,96	55,02	47,47	44,68
1893	49,74	54,48	47,65	40,17

„Wir sehen“, bemerkt hierzu der Bericht, „bei Kindern und Hammeln ein sehr erhebliches Heruntergehen der Preise. Inwieweit das durch die mangelhafte Futtererziehung vielfach erzwungene vermehrte Angebot, inwieweit geringerer Bedarf für den Export und daher verminderter Besuch auswärtiger Räuber, inwieweit endlich eine Verminderung der Qualität des Fleisches dieser Mittelsorten an dieser Erhebung beteiligt sind, läßt sich nicht gut aus einander halten. Wahrscheinlich haben alle drei Factoren, vielleicht auch die den Export nach dem Auslande erschwerenden bzw. verhindernden Maßregeln dazu mitgewirkt. Da die Verkaufspreise der Mäuse für Schlachtvieh aber den oben notirten Marktpreisen ebenso wenig gefolgt sind wie die Preise gut entwickelten Magerviehes, so blieb der Verdienst der Händler vielfach hinter den zur Deckung der Speisen erforderlichen Säcken zurück. Von der gewünschten Erholung der Händler nach mehrjährigem Geschäftsrückstand konnte keine Rede sein.“

Bemerkenswerth ist in der obigen Tabelle noch, daß trotz des Rückgangs vom höchsten Stande (1890), der bei allen Viehgattungen in den letzten Jahren eingetreten ist, die Preise für die Rinder, Schweine und Räuber 1893 noch immer ansehnlich höher waren als im Jahre 1886 und nur der Preis für Hammel auch gegen 1886 gefallen ist.

Die Kindersterilität im preußischen Staate hat während der letzten 18 Jahre keine wesentliche Veränderung erfahren. Durchschnittlich sind nach den Mittheilungen der „Stat. Corr.“ vom Laufend der in den Jahren 1875 bis 1892 lebendgeboarten Anabern 222,4, von den Mädchen 190,8 vor der Vollendung ihres ersten Altersjahrs gestorben, wobei vom Laufend der Anabern 157,1 im Geburtsjahr und 65,3 im darauffolgenden Jahre, von den Mädchen 133,8 im Geburtsjahr und 57,5 im folgenden Jahre den Tod fanden. Eine wesentliche Verminderung zeigen aber die Zahlen der Tötgeborenen; von 1000 Geborenen waren nämlich im Jahre 1875 47 Anabern und 39,6 Mädchen tötgeboren. Diese Zahlen sind allmählich auf 35,6 und 29,6 heruntergegangen, d. h. um 11,4 und 10 vom Laufend gesunken. Die Abnahme ist den Fortschritten der Gynäkologie und den Verbesserungen zu danken, welche bezüglich der Ausbildung und ärztlichen Beaufsichtigung der Hebammen inzwischen eingetreten sind.

Die französische Ministerkrise.

Die Annahme, daß die französische Ministerkrise dieses Mal eine langwierige sein würde, bestätigt sich. Bourgeois, der sich gestern Nachmittags 5 Uhr in's Elxie zurückzog, lehnte den Auftrag, das neue Cabinet zu bilden, wieder ab, nachdem Pétal, Barthou, Poincaré und Cavaignac ihn ersucht hatten, sie ihrer ihm gegenüber übernommenen Verpflichtungen zu entbinden, da sie der Meinung wären, Bourgeois könnte mit anderen Politikern, die weniger unmittelbar als sie an der Finanzfrage beteiligt wären, leichter ein Cabinet bilden. Der Präsident der Republik wird nun nacheinander Poincaré und Cavaignac berufen.

Paris, 22. Jan. (Telegramm.) In politischen Kreisen nimmt man an, daß nur finanzielle Fragen die bisherige Erfolglosigkeit Bourgeois, verheigeführ hat. Nach einer Berathung mit Poincaré und Cavaignac berief der Präsident Faure noch einmal Bourgeois zu sich und beauftragte ihn, mit den Versuchen zur Cabinetsbildung fortzufahren.

Die chino-japanischen Friedensunterhandlungen.
Die Friedensunterhandlungen zwischen China und Japan kommen jetzt, nach den neuesten Siegen der Japaner, weniger denn jemals in Gang. Dazu kommt, daß in der Regierung in Peking Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen sind. Die chinesischen Friedensunterhändler warten nähere Befehle in Shanghai ab, ehe sie die Reise nach Japan fortsetzen. John Foster ist mit dem Dampfer „Empress of India“ in Yokohama eingetroffen, um den chinesischen Unterhändlern bei den Friedensverhandlungen zur Seite zu stehen.

Die Pamirfrage.

Wie man aus London meldet, sind die Verhandlungen zwischen der britischen und der russischen Regierung über die Regulirung der Pamirgrenze noch immer nicht zum Abschluß gekommen. Den Differenzenpunkt bildet die von England beanspruchte Grenzlinie, welche vom Victoria-See östlich bis zur chinesischen Grenze läuft, was die russische Regierung für unannehmbar erklärt. Zwischen dem Foreign Office und dem russischen Botschafter in London schwelen Verhandlungen behufs Erzielung einer Verständigung über diesen Punkt.

Deutschland.

Berlin, 21. Januar. Der Bau des neuen Abgeordnetenhauses ist in erfreulichem Fortschreiten begriffen. Man sieht das Werk bereits rüstig in die Höhe wachsen. Im Mai oder Juni hofft die Bauverwaltung das Gebäude von Gerüsten ganz frei machen zu können. Im Anfang des Jahres 1896 soll es ganz vollendet sein und im Januar 1897 dem Gebrauch übergeben werden. Wie man hört, sind bei der Herstellung des Gebäudes neben den ästhetischen Rücksichten sehr praktische Gesichtspunkte in's Auge gefehlt. Es darf demnach erwartet werden, daß das Werk zur Zielpunkt aller seinen Zweck erfüllen wird.

* [Fürst Lobanow im Privatleben.] Ueber die Lebensweise und das Auftreten des zum russischen Botschafter in Berlin ernannten Fürsten Lobanow in der Donaukaisersstadt wird von dort geschrieben: Fürst Lobanow, ein Siebziger, ist unverheirathet; er lebt pünktlich, keinhin nach der Uhr; er zieht sich nach Erledigung der Geschäfte an liebsten in seine Privatgemächer zurück, um hier bei der Declüre auszuruhen, oder er unternimmt bald größere, bald kleinere Spaziergänge, je nach dem Weite, meistens allein. Wer ihn in seiner so angenehm berührenden schlichten Erscheinung auf der Straße sieht, wird ihm gewiß seinen hohen Rang nicht ansehen, und so ist auch seine ganze Lebensweise auf diesen Ton der Einfachheit gestimmt. Sein Diner weist einige wenige Gänge auf; seine Wohnung in dem Botschaftspalais ist von jener stillen Vornehmheit, welche der Überladenheit und allem grellen Glanz aus dem Wege geht. Einige wenige vorzülliche Bilder, einige wenige Nippes, das ist ihr ganzer Schmuck. Bei offiziellen Empfängen auf der russischen Botschaft pflegte die Gattin des Botschaftsrates Grafen Bendendorff die Honneurs zu machen; was man bei solchen Gelegenheiten bei dem Fürsten versammelt, gehörte fast ausschließlich der diplomatischen Welt an, auf die sich der Verkehr des Fürsten eben zumeist beschränkte. Etwas mehr Leben pflegte in sein friedliches Heim zu kommen, so oft seine Nichte, die an den österreichischen Diplomaten v. Okoljanian verheirathet ist, bei ihm zu Gast weilt. Dann verantworte der Fürst seiner Nichte zu Lieb häufige Diners, zu welchen Einladungen an seine diplomatischen Freunde ergingen. Der Fürst war in mehreren Theatern Logenabonnent, doch machte er von seinen diesjährigen Rechten wenig Gebrauch. Er geht zumeist früh zu Bett, um sich wieder früh bei der Arbeit einzufinden. Nur dieser geregelten Lebensweise verdankt er es, daß er körperlich so rüstig ist und seine Gesundheit gar nichts zu münschen übrig läßt.

* [Ordensverleihungen.] Die Zahl der bei dem Ordensfeste verliehenen Orden und Ehrenzeichen war größer als je zuvor. Sie betrug 1905 gegen 1732 im Jahre 1894, 1891 im Jahre 1893 und 1741 im Jahre 1892. Unter den Decorirten befinden sich sehr viele Offiziere, aber sonst wenig allgemein bekannte Persönlichkeiten.

* [Neue Rathsstelle für das Landwirtschaftsministerium.] Die Geschäfte des Landwirtschaftsministeriums haben unter der Einwirkung einer lebhaft steigenden Thätigkeit in allen dem Ministerium unterstellten Geschäftszweigen und einer Erweiterung des Geschäftsbereiches durch den Hinzutritt neuer wichtiger Aufgaben eine wesentliche Zunahme erfahren, mit der die Verstärkung der Arbeitskräfte nicht gleichen Schritt gehalten hat. Es ist daher auch bei vollster Ausnutzung der verfügbaren Kräfte nur durch zunehmende Heranziehung zahlreicher Hilfsarbeiter möglich gewesen, die Geschäfte zu erledigen. Dem dringenden Bedürfniss nach einer Vermehrung der etatsmäßigen Rathsstellen soll daher durch Einstellung einer neuen Stelle eines vortragenden Rathes abgeholfen werden.

* [Der Bund für Bodenbeschaffung] hat dem Reichskanzler eine ausführliche Denkschrift zugehen lassen, in der unter Bezugnahme auf eine vor Jahrestreff an seinen Vorgänger gerichtete gleichartige Petition das Ersuchen gestellt wird, den Grund und Boden in den deutschen Colonien und Schuhgebieten nicht in großen Strecken an Private zu veräußern oder zu vererben, sondern ihn nur zu verpachten.

* [Lehrerinnen für die Strafanstalten.] Es ist in Aussicht genommen, an den zur Strafvollstreckung an Personen weiblichen Geschlechts dienenden Anstalten an Stelle der jetzt fungirenden Lehrer nach und nach Lehrerinnen anzustellen und denselben ein Gehalt von 1200 Mk. steigend von 3 zu 3 Jahren um 100 Mk. bis zum Höchstbetrag von 1800 Mk. und den Wohnungsgeldzuschuß nach den Säcken für Strafanstaltlehrer zu gewähren.

* [Hochverratsversuch.] Wie aus Zittau gemeldet wird, ist der Zahlmeister-Aspirant Hemprich aus Leipzig von einem Ariegsgericht zu acht Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Hemprich hatte sich im Anfang des vorigen Jahres mehrfache Unterschlagungen zu Schulden kommen lassen. Um der drohenden Strafe zu entgehen, desertierte Hemprich und wandte sich nach der Schweiz, von wo aus er nach Frankreich ging. Von dort rückte er an ihm bekannte Militärpersonen in Deutschland Briefe und forderte sie zum Derrath militärischer Geheimnisse auf, hierfür hohe Entschädigungssummen zu gewähren. Hemprich bezog die Dreistigkeit nach Deutschland zurückzukehren. Hier wurde er ergriffen und der Militärbehörde ausgeliefert.

* [Eine Windhorste-Veranlagung für 1894/95.] Ueber die Einkommensteuer-Veranlagung für 1894/95. Ueber die Einkommensteuer-Veranlagung für 1894/95 ist dem Abgeordnetenhaus eine vergleichende Übersicht mit dem Vorjahr zugegangen. Der Ertrag der Einkommensteuer hat bei einem Mehr an Einkommen von 39 093 ein Weniger an Steuern von 1 160 366 Mk. ergeben. Dieses Weniger entfällt ganz auf die juristischen Personen. Bei den physikalischen Personen für sich gerechnet, ergibt sich ein Mehr von Steuern von 474 372 Mk. In den Städten kamen auf einen Centisten durchschnittlich 2684,10 Mk. gegen 2835 Mark im Vorjahr, auf dem platten Lande 1775,51 Mk. gegen 1783,62 Mk. im Vorjahr. In den Städten ist also das Durchschnittseinkommen um 21 Mk. auf dem platten Lande nur um 8 Mk. zurückgegangen. In den Städtkreisen steht das Durchschnittseinkommen am niedrigsten in Linden, Spandau und Böhm. am höchsten in Frankfurt a. Main, Bonn und Wiesbaden. Noch interessanter sind die Mitteilungen über diejenigen Centisten, welche ein Einkommen von mehr als 3000 Mk. haben, also der Declarationspflicht nach den Quellen ihres Einkommens unterliegen. Danach hat sich bei dem steuerpflichtigen Einkommen aus Kapitalvermögen insgesamt eine ganz kleine Erhöhung um 1/2 Million Mark ergeben, bei dem steuerpflichtigen Einkommen aus Grundvermögen ein Rückgang um 4/5 Millionen Mark oder etwas über 1/2 Proc. bei Handel, Gewerbe und Bergbau ein Rückgang um nahezu 6 Millionen Mark, bei gewinnbringender Beschäftigung dagegen eine Zunahme um 18 Millionen Mark. Der Abzug an Schuldenzinsen und dauernden Lasten ist um 8 Millionen Mark gewachsen.

Unterscheidet man zwischen Stadt und Land, so ergibt sich bei dem Kapitalvermögen in den Städten ein Zuwachs von 1 Million Mk. Einkommen, auf dem platten Lande einen Rückgang von 1/2 Millionen Mk. Einkommen. Bei dem Grundvermögen ergibt sich in den Städten ein Zuwachs von 4/5 Millionen Mk. Einkommen, dagegen auf dem platten Lande ein Rückgang von 7/4 Millionen Mk. Bei Handel, Gewerbe und Bergbau ergibt sich in den Städten ein Rückgang von 2 Millionen Mk. auf dem platten Lande ein Rückgang von 3/4 Millionen Mk. Bei gewinnbringender Beschäftigung hat das Einkommen in den Städten zugenommen um 14 Millionen Mk., auf dem platten Lande um 4 Millionen Mk. Der Abzug an Schuldenzinsen ist in den Städten um nahezu 11 Millionen Mk. gestiegen, während der Abzug an Schuldenzinsen auf dem platten Lande sich um 3 Millionen Mk. vermindert hat.

* [Wasserdrücke Kleidung der Polizeimachister und Schuhleute.] Es sind mehrfach Uebelstände zur Sprache gekommen und darauf zurückgeführt, daß die Wachtm

Beilage zu Nr. 21158 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 22. Januar 1895 (Abend-Ausgabe).

Die neue Generalcommission für Ostpreußen.

Der neulich bereits angekündigte Entwurf eines Gesetzes betreffend die Errichtung einer Generalcommission für die Provinz Ostpreußen ist nunmehr dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Er hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Für die Provinz Ostpreußen wird eine besondere Generalcommission in Königsberg errichtet.

§ 2. Durch königliche Verordnung können dem Geschäftsbezirk dieser Generalcommission Theile der Provinz Westpreußen zugelegt werden.

§ 3. Mit der Ausführung dieses Gesetzes wird der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten beauftragt.

Die Begründung lautet:

Die Provinz Ostpreußen gehört zur Zeit zum Geschäftsbezirk der Generalcommission in Bromberg, die auf Grund des § 15 des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 (Gesetzsammel. S. 291) und der allerhöchsten Verordnung vom 16. August 1880 (Gesetzsammel. S. 351) gebildet ist, und außer Ostpreußen die Provinzen Westpreußen und Posen umfaßt. Gegenüber den Bedenken, die seiner Zeit gegen einen so ausgedehnten Geschäftsbezirk dieser Behörde hervortraten, kam in Betracht, daß die Auseinandersetzungsgeschäfte dem Anschein nach im Abnehmen begriffen waren und auch für die Folge eine erhebliche Vermehrung nicht erwartet ließen. Es ist jedoch das Gegentheil hier von eingetreten, und es muß als ein erfreuliches Zeichen wirtschaftlicher Einsicht bezeichnet werden, daß der Sinn für Landesverbesserungen im Wege der Auseinandersetzungen in immer breiteren Kreisen der Bevölkerung dieser Landestheile Boden gewinnt.

Die Geschäfte der Generalcommission in Bromberg haben stetig zugenommen und wie die nachstehende Zusammenstellung ergibt, namentlich in Ostpreußen eine ansehnliche Zahl erreicht.

Nach dem Stande vom Dezember 1894 waren anhängig:

Eigentums- regulirungen	Reallassen- ablösungen	Gemeinde- theilungen	Rentenguts- sachen	Zusammen
■ Ostpreußen	388	257	156	801
■ Westpreußen	55	120	207	383
■ Posen	47	59	125	231
Zusammen 1	490	436	488	1415

Hierzu treten an Nachregulirungen nach beendeter Hauptfache und sonstigen Nebengeschäften

In Ostpreußen	191
" Westpreußen	80
" Posen	176
Zusammen	447

Es beträgt sonach die Gesamtmzahl der überhaupt anhängigen Auseinandersetzungsgeschäfte

für Ostpreußen	992
--------------------------	-----

Westpreußen	463
-----------------------	-----

" Posen	407
-------------------	-----

Summa 1862.

Insbesondere aber sind es die Geschäfte auf Grund des Gesetzes betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern vom 7. Juli 1891 (Gesetzsammel. S. 279), durch die der Generalcommission in Bromberg Mehrarbeiten von sehr beträchtlichem Umfange und besonderer Schwierigkeit erwachsen sind. In dieser Hinsicht soll hier hervorgehoben werden, daß in den drei Provinzen seit dem Inkrafttreten des genannten Gesetzes bis zum 1. Oktober 1894 im ganzen bereits 2369 Rentengüter mit einem Areal von 25 419 Hectar endgültig begründet worden sind und daß von den gegenwärtig anhängigen 1415 Rentengutsbildungen das noch aufzutheilende Areal

in Ostpreußen	12 695 Hectar,
-------------------------	----------------

Westpreußen	36 492 "
-----------------------	----------

Posen	23 810 "
-----------------	----------

beträgt. Nach der bisherigen Entwicklung der Rentengutsbildung ist auch fortgesetzt auf eine Vermehrung dieser Geschäfte zu rechnen, die ihrer Natur nach die Mitwirkung der Generalcommission neben der Tätigkeit der Specialcommissare in ungleich erheblicherem Maße, als andere Auseinandersetzungen, in Anspruch nehmen.

Mit dem Anwachsen dieser Geschäfte aber wird der Überblick über dieselben und ihre obere Leitung in dem ausgedehnten Bezirke immer erschwerter, die zur eigenen Information der Aufsichtsorgane und zur Prüfung der örtlichen Arbeiten der Lokalbeamten erforderlichen Dienstreisen sind mit einem großen Kosten- und Zeitaufwande verbunden, und es können die Geschäfte nicht mit der wünschenswerten Schnelligkeit gefördert werden. Da die Ursachen dieser Nachtheile sonach wesentlich in den Entfernungsverhältnissen liegen, so kann auch nicht durch eine bloße Vermehrung der Arbeitskräfte Wandel geschaffen werden, vielmehr ist in der Theilung der Generalcommission das einzige geeignete Mittel der Abhilfe zu suchen.

Der oben dargelegte Stand der Geschäfte sowohl, als auch die Rücksicht auf die geographischen Verhältnisse des jetzigen Geschäftsbezirks der Generalcommission in Bromberg haben die Bildung einer eigenen General-Commission für die Provinz Ostpreußen geboten erscheinen lassen, für welche schon in den gegenwärtig schwelenden Auseinandersetzungssachen dieser Provinz auf längere Zeit reichlicher Arbeits-

stoff beschafft ist, der indes mit der durch Errichtung einer besonderen Behörde sich eröffnenden Aussicht auf schnellere Abwicklung der Geschäfte bald noch weiter wachsen wird.

Als Sitz dieser Behörde konnte wegen der Bedeutung der Provinzialhauptstadt für die gesamten Beziehungen der neuen General-Commission, insbesondere im Interesse ihres erleichterten Verkehrs mit anderen, bei den Auseinandersetzungsgeschäften vielfach beteiligten Behörden, der Rentenbank, den Meliorationsbauämtern, der Provinzialverwaltung, wie auch in Anbetracht der günstigen Eisenbahnverbindungen und der Wohnungsverhältnisse nur Königsberg in Betracht kommen, das schon vor Errichtung der Generalcommission in Bromberg in der landwirtschaftlichen Abtheilung der Regierung eine Auseinandersetzungsbörde besaß.

Im übrigen läßt sich die Bildung der neuen Generalcommission ohne erhebliche finanzielle Mittel durchführen, da für dieselbe das Beamtenpersonal in der Mehrzahl bereits bei der Generalcommission zu Bromberg vorhanden ist und von hier abgewiegt wird. Der erforderliche Mehrbedarf, auch an sachlichen Auswendungen, ist in dem Staatshaushaltsetat für das Jahr 1895 96 nachgewiesen.

Wenngleich nach den obigen Ausführungen der zu errichtenden General-Commission ein für längere Dauer voll ausreichender Arbeitsstoff zugeteilt werden kann und weitere Anträge in größerer Zahl auf Grund der bisherigen Erfahrungen in sicherer Aussicht stehen, so erscheint es doch zweckmäßig, für den in späterer Zeit eintretenden Fall einer wesentlichen Veränderung des Geschäftsumfangs schon jetzt durch die Bestimmung des § 2 Fürsorge zu treffen, wonach durch königliche Verordnung der Geschäftsbezirk der Generalcommission in Königsberg durch Zuteilung von Gebietsteilen der angrenzenden Provinz Westpreußen erweitert werden kann.

Die Ausführung der Organisation war dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu übertragen, weil sich eine Bestimmung des Zeitpunktes, mit dem die neue Behörde in Wirksamkeit treten soll, im Gesetz mit Sicherheit möglich nicht treffen läßt, insfern dieser Zeitpunkt von Verwaltungsmaßnahmen, insbesondere von räumlichen Einrichtungen abhängt, deren Durchführung eine nicht voraus zu bestimmende Dauer in Anspruch nehmen.

Danzig, 22. Januar.

* [Postalisch.] Der Meistbetrag der Postanweisungen aus Deutschland nach Neusüdwales ist von 210 Mark auf 400 Mark erhöht worden. Die Lage beträgt, wie bisher, 20 Pf. für je 20 Mark.

* [Patente] sind ertheilt worden: an Brandt in Schönborn bei Seeburg in Ostpreußen für einen Cyinderträger für Herzen; S. Salomon in Memel für ein Verfahren zur Herstellung voluminöser wasserundurchlässiger Gewebe. — Gebrauchsmuster sind eingetragen: für Albert Schröter in Bromberg für Briefmarken-, Fahrtkarten- etc.-Behälter mit angedektem Deckel und federndem Verschlüshaken; Friedrich Schmelz in Aronthal bei Arnau an der Brahe für einen Kinderwagen mit einseitig an den Langbäumen befestigten, den Aorb tragenden, federnden Holzstäben; Max Kämpf in Labiau für eine Kapsel für Mch- und Controlapparate mit gemeinsam anstellbarem Trage- und Verschlüsbügel; Richard Böhme in Bromberg für einen Behälter mit Schuhglocke, Einsätzen, Schraubenthaler und Werkplattenuntersatz zur Aufbewahrung der sortirten Theile auseinander genommener Uhrwerke.

* [Amtliche Personalnachrichten.] Dem Landrat v. d. Schulenburg ist das Landratsamt im Kreise Oschersleben, dem Landrat v. Bardeleben das Landratsamt im Landkreise Celle und dem Landrat v. Baumach (früher in Danzig) das Landratsamt im Kreise Gelnhausen übertragen worden.

* [Personalien bei der Justiz.] Der Rechtskandidat Johannes Mausolf aus Grutta ist zum Referendar ernannt und dem Amtsgericht in Lautenburg zur Beschäftigung überwiesen worden.

* [Entscheidung des Bundesamts für das Heimathwesen.] Der ca. 68 Jahre alten, erwerbsunfähigen Fischerwitwe Elisabeth Reschke, die unbestritten ihren Unterstützungswohnsitz in Gut Gr. Peterwih hat, mußte von dem Ortsarmenverbande Danzig für die Monate März bis Juli 1892 und Januar bis März 1893 eine Unterstützung von monatlich 4 Mk., zusammen 32 Mk. gewährt werden. Ferner ist die Reschke in der Zeit vom 10. August bis 24. Dezember in der Augenklinik des Dr. Schneller hier selbst im Wege der öffentlichen Armenpflege ärztlich behandelt und versorgt worden. Die tarifmäßigen Kosten hierfür betragen 136 Mk. Der Ortsarmenverband Gr. Peterwih hat die Erstattung der Auslagen verweigert und dabei angeführt, daß die Unterbringung der Reschke in die Augenklinik keinen sanitären Zweck gehabt hat, da die Genannte seit Jahren fast erblindet sei und daß sie kein Augenarzt wieder sehend machen könne. Auf die Mitteilung von Einleitung der Armenpflege hat der beklagte Armenverband sich ferner dahin geäußert, daß der Rückkehr der Reschke nach Gr. Peterwih seinerseits kein Bedenken entgegenstehe, und „dah, wenn die Angehörigen der Reschke selbst unterstützungsbedürftig seien, er ihr anheimstelle, sich wieder nach Gr. Peterwih behufs ihrer Unterstützung zu begeben“. In Übereinstimmung mit dem Bezirks-Ausschuß Marienwerder verurtheilte das Bundesamt für das Heimathwesen Gr. Peterwih zur Erstattung der Auslagen für die Reschke und führte dabei aus, daß in den Einwendungen des Beklagten ein den Erfordernissen des § 32 des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz entsprechender Ueberführungsantrag nicht enthalten sei, die Ueberführung vielmehr mit ausdrücklichen Worten unter Anerkennung der Uebernahmepflicht und der bauernden Hilfsbedürftigkeit und ohne unzulässige Vorbehalte verlangt werden müsse. Ferner hat sich das Bundesamt dahin ausgesprochen, daß wenngleich durch die Behandlung in

der Augenklinik die Aussichten auf einen Erfolg nicht ganz günstig gewesen sind, doch immerhin die Wiederherstellung eines gewissen Gehvermögens und damit eines gewissen Grades von Erwerbsfähigkeit habe erhofft werden können und daß Aläger aus diesem Umstande seine Beihilfe hierzu nicht habe versagen dürfen.

* [Diebstahl.] Der bereits vorbestrafte Arbeiter August Herzfeld stahl gestern aus einem Fleischverkaufsladen am Alst. Graben ein Stück Fleisch im Werthe von 8 Mark und ergriff damit die Flucht. In der Jungferngasse wurde er verhaftet.

[Polizei-Bericht vom 22. Januar.] Verhaftet: 17 Personen, darunter 1 Uhrmacher wegen Unterdrückung, 1 Dachdecker, 1 Arbeiter wegen Diebstahls, Arbeiter, 1 Schuhmacher wegen Widerstandes, 1 Schuhmacher, 2 Personen wegen groben Unfugs, 7 Obdachlose, 1 Bettler. — Gefunden: 1 Ring mit rotem Stein, abzuholen Baumgartschegasse Nr. 36 II. beim Posthilfsboten Herrn Nogalski II., 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Packet weiße Zwirnhandschuhe, 1 katholisches deutsches Gebetbuch; abzuholen im Fundbüro der königl. Polizei-Direction. — Verloren: 1 schwarzes großes Spitzentuch; abzugeben im Fundbüro der königl. Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

Goppot, 22. Januar. Schon seit längerer Zeit machen einige hiesige Hausbesitzer die unangenehme Entdeckung, daß ihnen während der Nacht die schönsten Rosenstäbe aus ihren Gärten mit der Wurzel ausgegraben wurden. Vor einigen Tagen ist es nun gelungen, den Dieb in der Person eines hiesigen Arbeiters in der Nacht gerade bei der That abzufassen. — Der in der „Danziger Zeitung“ s. 3. ausführlich berichtete Strafprozeß gegen einen hiesigen Schlossermeister, der angeklagt war, bei Ausübung seines Gewerbes die nötigen Vorsichtsmäßigkeiten wegen Unterdrückung des übermäßigen, die Gesundheit der Anwohner bedrohenden Geräusches der in seiner Werkstatt während der Badaison vorgenommenen Arbeiten unterlassen zu haben, und der von dem hiesigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurtheilt worden war, ist nunmehr in der Berufungsinstanz beendigt worden. Das Urtheil des Schöffengerichts ist von der Staatskammer in Danzig in allen Punkten bestätigt worden. Die Sache hatte hier bekanntlich viel Aufsehen erregt.

Verent, 21. Januar. Der hiesigen Schmiedeschule sind seitens des kgl. Regierungs-Präsidenten wiederum als Beihilfe 90 Mk. bewilligt worden. — Die von den städtischen Behörden beschlossene Ordnung betreffend Erhebung einer Hundesteuer hier selbst hat die Genehmigung des Bezirks-Ausschusses zu Danzig erhalten. Nach dieser Steuer-Ordnung beträgt die Hundesteuer jährlich 9 Mk. — In der heutigen Sitzung des Kreis-Ausschusses wurde der hiesigen Stadtverwaltung der Consens zur Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses auf dem Viehmarktplatz ertheilt.

R. Pelpin, 21. Januar. Im vergessenen Jahre sind auf dem hiesigen Standesamt 24 Paare für das Leben verbunden worden. Geburten sind 130 zu verzeichnen, und zwar 80 männliche (darunter 3 uneheliche) und 50 weibliche. Sterbefälle haben 133 stattgefunden: 72 männliche, 61 weibliche, darunter 5 resp. 3 Todtgeborenen. Wie in den Vorjahren stehen auch im vergangenen Jahre Geburten und Todesfälle auf ziemlich gleicher Höhe. — Der hiesige Kriegerverein begeht in diesem Monat sein zehnjähriges Bestehen. Zur Feier desselben veranstaltet der Vorstand am Geburtstag des Kaisers in den Räumen des Hotels „Zum schwarzen Adler“ einen Ball.

Grojanke, 21. Januar. Folgendes Vorkommniß hätte für den Besitzer Draheim auf unserem Abbau

sehr leicht einen schlimmen Ausgang nehmen können. Derselbe kam heute am Nachmittage zu seinem Nachbar L., dessen Hund in eben dem Augenblicke bei starken Vergiftungsscheinungen (es ist hier nämlich auf mehreren Gütern wegen Raubzeuges Gift gelegt worden) dem Verenden nahe war. D. versuchte den Hund durch Einsößen von süßer Milch zu retten, wurde aber dabei von dem Thiere in den Finger gebissen, der augenblicklich unter den heftigsten Schmerzen anschwoll. Das Gesöhrliche seiner Lage erkennend, fuhr D. ungesäumt, nachdem die Wunde unterbunden worden war, in stärkstem Trabe zu einem hiesigen Arzte, der das verletzte Glied amputieren mußte.

a. Briesen, 21. Januar. Am vergangenen Sonntage fand im Schützenhaus der erste Volksunterhaltungsabend hier statt. Ein besonderes Comité hatte sich der Mühe unterzogen, einzelne Damen und Herren, sowie auch die Liedertafel hierzu zu gewinnen. Das Programm war reich belebt. Der Oberländer von Briesen „Gruß an die Heimat“, auf Geige und Klavier vorgetragen, bewies noch seine alte Wirkung. Allerliebst machten sich die kleinen Musiker in der Kindersymphonie von Haydn. Für solche Abende erwies sich auch der größte Saal unserer Stadt als zu klein. — Der Fettgewänder Robert Moses begab sich Sonntag in ein Hotel, dort sah er einer Kartengesellschaft zu; ohne daß er vorher über Unwohlsein geklagt hatte, sank er plötzlich vom Stuhle und der schnell herbeigeholte Arzt konnte nur den Tod durch einen Herzschlag feststellen.

Thorn, 21. Januar. Gestern weilte der Director des westpreußischen Provinzial-Museums, Herr Prof. Dr. Conwentz, in unserer Stadt und unterzog die naturwissenschaftlichen und prähistorischen Sammlungen im Rathause einer eingehenden Besichtigung, woran auch der Oberbürgermeister Herr Dr. Aohli sowie die Mitglieder des Kopernikus-Vereins Theil nahmen. Darauf wurden die Sammlungen des polnischen Museums und mehrere Privatsammlungen, besonders Münzsammlungen in Augenschein genommen. Auch konnten einige Alterthumer für das westpreußische Provinzial-Museum erworben werden.

* Wie schon telegraphisch kurz erwähnt, ist nunmehr der Stadt Thorn zu Aufnahme einer 3½ oder 4prozentigen Anleihe von 2 200 000 Mk. befußt. Herstellung der Wasserleitung und Canalisierung ein allerhöchstes Privilegium ertheilt worden.

Königsberg, 22. Januar. Herr Commerzienrath Dr. Robert Simon ist (wie in der Morgen-Nummer bereits gemeldet) gestern Vormittag an den Folgen eines Schlaganfalles, von dem er vor vier Wochen getroffen wurde, im Alter von 49 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein gelehrig hervorragend begabter und durch die schönsten Eigenarten des Herzens und Gemüthes ausgezeichnete Mensch dahingegangen. Neben seiner ausgezeichneten und anstrengenden geschäftlichen Thätigkeit widmete er sich, so lange sein Gesundheitszustand es nur irgend zuließ, auf den verschiedensten Gebieten den öffentlichen Angelegenheiten. Lange Jahre hindurch gehörte er der Stadtverordnetenversammlung als eines ihrer thätigsten und tüchtigsten Mitglieder an. Einen gleich regen Anteil nahm er am politischen Leben (als Mitglied der nationalliberalen Partei). Lebhaftes Interesse sollte er auch allen künstlerischen und wissenschaftlichen Unternehmen, mochten sie

nun das Theater, öffentliche Vorfräge, Fortbildungswesen u. s. w. betreffen. Vor allem aber stand er überall da an der Spitze, wo es galt, Armut, Not und Elend zu lindern. Der Armenunterstützungsverein, die Volksküchen, die Volkskindergarten und ähnliche Veranstaltungen hatten an ihm allzeit einen freigebigen Gönner und thatkräftigen Förderer. (R. H. J.)

* Der bisherige commandirende General des 1. Armeecorps, General der Infanterie v. Werder, hat Königsberg bereits verlassen. Derselbe begiebt sich in seine Villa nach Potsdam.

* Die Einführung des zum Präsidenten der Regierung zu Gumbinnen ernannten Geh. Ober-Regierungsraths Hegel wird am 26. d. M. stattfinden.

Vermischtes.

Eine Frauenausstellung in Aopenhagen.

Aus Aopenhagen wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: „Im Mai wird hier eine Frauenausstellung eröffnet werden, in welcher die Kunst, die Literatur, die Musik, die Philanthropie und die Haushaltung der Frauen vertreten sein sollen. Die Frauen haben selbst die Initiative zu der Ausstellung ergriffen, wozu der Staat und Privatleute 50 000 Kronen beigesteuert haben. Im Comité, das Frau Hammerherr Ogholm zu seiner Präsidentin gewählt hatte, ist indeß schon ein bedenklicher Streit ausgebrochen. Ein Mitglied des Comités, Frau Meyer, hatte sich nämlich wegen ihrer socialistischen Meinungen — sie ist Präsidentin des „weiblichen Fortschrittvereins“ — bei Frau Ogholm „missliebig“ gemacht und wurde genötigt, ihr Mandat niederzulegen. Diese Einmischung der Politik in eine ganz unpolitische Angelegenheit rief so starkes Missvergnügen gegen Frau Ogholm hervor, daß sie sich ihrerseits zurückzog. Man bot dann der Baronin Rech-Thott, der Gemahlin des Ministerpräsidenten, ihren Platz an, sie wollte denselben jedoch nicht annehmen — wohl um mit einer „Socialistin“ nicht in Verbindung zu treten. Das Comité will nun den Platz der Prinzessin Marie anbieten, wenn sie nach Aopenhagen zurückkommt.“

Casimir-Perier und der Photograph.

Paris, 19. Januar. Der vorzeitige Rücktritt Casimir-Periers hat u. a. auch einen photographen in große Verlegenheit und Besorgniß gesetzt. Zufolge der monarchischen Ueberlieferung muß jede Gemeinde, jeder Gerichtssaal das Bild des Staatshauptes besitzen. Für Städte und höhere Gerichte wird ein Bildnis in Del oder eine Marmorbüste beliebt, im Rathaus aufgestellt. Für die Dörfer muß ein Gipsabguß oder eine Photographie genügen. Besagter Photograph hat nun erst die 30 000 Lichtbilder fertig, die bei ihm zu solchen Zwecken bestellt waren. Und nun sind Casimir-Periers Bilder aber überflüssig geworden. Der Lichtbildner ist daher in Besorgniß, der Staat werde ihm seine 30 000 Bilder zu 5 Frs. das Stück nicht abnehmen und bezahlen, was einen Verlust von 150 000 Frs. ausmachen würde.

Erdbeben.

London, 21. Januar. Die „Times“ meldet aus Teheran vom 19. d. Mts.: Die Stadt Aushan, welche vor 14 Monaten durch ein Erdbeben zerstört und später wieder aufgebaut worden war, wurde am 17. Januar wiederum durch ein Erdbeben vernichtet. Viele Unglücksfälle kamen vor. In einer Badeanstalt kamen etwa 100 Frauen um. In Mesched wurden während der letzten drei Tage vier schwache Erderschütterungen verspürt. (W. L.)

Giftmordprozeß Joniaug.

In dem Antwerpener Vergiftungsprozeß Joniaug wurden in den letzten drei Verhandlungstagen der vorigen Woche diejenigen Zeugen vernommen, welche die finanzielle Lage des Hauses Joniaug, die Ausgaben und Darlehen der Frau Joniaug, wie die Anschuldigung, daß Frau Joniaug, um sich Geld zu machen, im eigenen Hause, in Spaa und auf Monte Carlo beim Spielen betrogen habe, klarstellten sollen. Gleichzeitig wird aber anerkannt, daß sie eine mutterhafte Gattin und Mutter ist, wie sie ja auch während des ganzen Prozesses eifrigst bemüht ist, jede Schuld von ihrem Gatten abzuwenden und alles Verschulden in finanzieller Hinsicht auf sich allein zu übernehmen. Viel wichtiger aber ist es, daß auf Ansuchen der Geschworenen eine neue umfangreiche ärztliche Erörterung über die Todesursache der drei im Hause Joniaug gestorbenen Personen: der Leonie Ablay, des Jacques van den Aerchove und des Alfred Ablay stattfinden soll. Die Gerichtsarzte der Staatsanwaltschaft behaupten nicht nur, daß die beiden Ersteren sehr wahrscheinlich und Alfred Ablay unbedingt vergiftet worden sind, sondern daß auch die ärztlich angegebenen Todesursachen der drei Gestorbenen auf den von den Ärzten ausgestellten Todtenchein unrichtig sind. Beide Behauptungen wird von den Sachverständigen der Vertheidigung auf das entschiedenste widerprochen. In Folge dessen sind jetzt die drei Antwerpener Ärzte Ruell, Molitor und Philippe, welche die drei im Hause Joniaug Gestorbenen behandelt und die Todtencheine ausgestellt haben, zur Verhandlung vorgeladen worden; die Gerichtsarzte der Staatsanwaltschaft und die in wissenschaftlicher Hinsicht nicht minder bedeutenden Sachverständigen der Vertheidigung, die Professoren Siénon und Dalleagne, sollen ihnen gegenübergestellt werden. In der Voruntersuchung haben diese drei praktischen Ärzte die Richtigkeit der von ihnen angegebenen Todesursachen — Influenza, Gehirnschlag und Herzschlag, mit größter Entscheidlichkeit aufrechtgehalten.

Schiffsliste.

Reufahrwasser, 22. Januar. Wind: NW.
Angekommen: Lotte (S.D.), Otto, Middlesbro, Salz-Gozo (S.D.), Rowan, Hull, Güter. — Jason (S.D.), Campbell, Glasgow, Kohlen und Güter.
Gesegelt: Ernst (S.D.), Haje, Königsberg, Güter. Nichts in Sicht.
Verantwortlich für den politischen Theil, Teuilleton und Vermischtes Dr. B. Herrmann, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt, sowie den Inseratentheil: Klein, beide in Danzig.